



Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
Postfach 22 15 55 · 80505 München

An die Personalreferenten
der obersten Dienstbehörden

Name
Dr. Luber

Telefon
089 2306-2211

Telefax
089 2306-2808

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
P 1400-1/101

Datum
21.04.2020

Dienst- und arbeitsrechtliche Maßnahmen wegen der Corona-Pandemie

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend wird eine konsolidierte Fassung aller bisherigen FMS und sonstigen Stellungnahmen des StMFH mit weiteren Erläuterungen übermittelt. Die in Kasten enthaltenen Hinweise sind Anpassungen der bisherigen Regelungen an die veränderte Situation.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Michael Luber

Leitender Ministerialrat

Inhalt

1. Infizierte Beschäftigte	3
2. Reiserückkehrer	3
3. Kontaktfälle	5
4. Beschäftigte in Quarantäne in Deutschland	6
5. Beschäftigte in Quarantäne außerhalb Deutschlands	6
6. Unmöglichkeit der Rückreise	7
7. Privater Aufenthalt im Ausland / in Risikogebieten	7
8. Beschäftigte als Eltern	7
9. Pflegebedürftige Angehörige	10
10. Beschäftigte mit erhöhtem Gesundheitsrisiko	10
11. Schutz von schwangeren und stillenden Beschäftigten	11
12. Dauernde Dienstunfähigkeit und Zwangspensionierungsverfahren ..	11
13. Begrenzte Dienstfähigkeit	11
14. Atteste für Krankheit / kranke Kinder	12
15. Zeitkorridor bei gleitender und fester Arbeitszeit	12
16. Urlaub	12
17. Generelle Telearbeit	13
18. Priorisierung Telearbeit	13
19. Beamtenrechtliche Ernennungen	13
20. Zwei-Team-Lösungen	15
21. Heranziehung von Beschäftigten zu Tätigkeiten in Hilfsorganisationen oder medizinischen Betreuungseinrichtungen	16
22. Fortbildungen / Behördliches Gesundheitsmanagement	16
23. Dienstreisen	16
24. Reisekostenrechtliche Entschädigung	17
25. Stellenzulagen nach Art. 51 BayBesG	17
26. Erschwerniszulagen nach Art. 55 BayBesG	18
27. Aufwandsentschädigungen	18
28. Dienstunfallschutz	19
29. Beschlussfassung der Personalvertretungen	20

1. Infizierte Beschäftigte

Bei einer Corona-Virusinfektion sind Beamte dienstunfähig und Arbeitnehmer arbeitsunfähig. Bei dienstunfähigen Beamten wird die Besoldung weiter gewährt. Arbeitsunfähige Arbeitnehmer erhalten für 6 Wochen Lohnfortzahlung und anschließend in Abhängigkeit von der Beschäftigungszeit ggf. einen Krankengeldzuschuss.

Eine Bekanntgabe des Einzelfalls an der Dienststelle darf auf keinen Fall erfolgen (sofern der Dienststelle die Infektion überhaupt bekannt wird; eine Nachforschungspflicht der Dienststelle oder Offenbarungspflicht des Beschäftigten besteht nicht). Wenn keine Rückverfolgbarkeit auf den Einzelfall möglich ist, kann aber abstrakt über „einen Infektionsfall“ informiert werden. (Potentielle) Kontaktpersonen der Kategorie I dürfen nur über den konkreten Einzelfall informiert werden, wenn das zur Ermittlung der Kontaktkategorie zwingend erforderlich ist und wenn der Beschäftigte eingewilligt hat. Andernfalls kann eine Offenbarung nur in Absprache mit dem Gesundheitsamt erfolgen. Grundsätzlich obliegt die Ermittlung von Kontaktpersonen dem Gesundheitsamt. Die Dienststellen können aber von sich aus in offensichtlichen Fällen von Kontaktpersonen der Kategorie I (z.B. Zwei-Personen-Büro Telearbeit und subsidiär eine Freistellung vom Dienst verfügen (s. Tz. 4).

2. Reiserückkehrer

a) während der Geltungsdauer der EQV

Aufgrund der EQV wird für die Reiserückkehrer Quarantäne angeordnet. Es gelten die Regelungen wie bei Anordnung der Quarantäne durch die Gesundheitsämter entsprechend (s. Tz. 4.).

Hat der Beschäftigte seinen Wohnort im Ausland, kann er derzeit nicht zur Dienststelle kommen, sofern nicht die Ausnahmen nach § 2 EQV eingreifen (insbes. wenn die Tätigkeit zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung zwingend notwendig ist).

b) außerhalb der Geltungsdauer der EQV

Für Beschäftigte, die sich innerhalb der letzten 14 Tage in einem Risikogebiet oder in Österreich oder der Schweiz aufgehalten haben und keine Krankheitssymptome aufweisen, ist, soweit das dienstlich möglich ist, Tele- oder Heimarbeit bis 14 Tage nach Rückkehr anzuordnen. Eine Anrechnung auf Teletage etc. erfolgt nicht. Dazu müssen die Beschäftigten die Dienststellenleitung bzw. die von dieser bestimmten Stelle unverzüglich informieren.

Beschäftigte, die unspezifische Allgemeinsymptome oder Atemwegsprobleme jeglicher Schwere zeigen und sich in den letzten vierzehn Tagen vor Erkrankungsbeginn in einem Risikogebiet aufgehalten haben, sind als dienst- bzw. arbeitsunfähig zu behandeln und dürfen deshalb nicht zum Dienst erscheinen, bis das Vorliegen einer Corona-Virus-Infektion abgeklärt ist. Diese Beschäftigten sind verpflichtet, sich umgehend telefonisch an ihren Hausarzt oder den ärztlichen Bereitschaftsdienst (Tel. 116 117) zu wenden.

Für Reiserückkehrer aus Risikogebieten, die symptomfrei sind, aber keine Tele- oder Heimarbeit machen können, sei es, weil der Arbeitsplatz nicht geeignet ist oder weil die technische Ausrüstung nicht zur Verfügung steht, kann eine Freistellung vom Dienst grundsätzlich nicht gewährt werden. Ausnahmen hiervon wurden bisher beispielsweise für Beschäftigte des Justizvollzugs zugelassen.

Maßgeblicher Stichtag für die Geltung dieser Regelungen ist der Veröffentlichungstag durch das RKI einschließlich der 14 Tage vorher.

Beispiel:

Das RKI hat am Donnerstag, den 5.3.2020 bekannt gegeben, dass Südtirol zu den Risikogebieten gehört. Maßgeblich für die Frage des Aufenthalts ist deshalb ein Zeitraum ab dem 20.2.2020.

Wenn Beschäftigte aus privaten Gründen nach der Erklärung zum Risikogebiet dorthin gereist sind, muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob ein

außerdienstliches Fehlverhalten vorliegt, das zwar nicht durch ein Disziplinarverfahren, aber zumindest durch eine schriftliche Missbilligung „geahndet“ werden sollte. Entscheidend sind dabei alle Umstände des Einzelfalls.

Wohnort im Risikogebiet

Hat der Beschäftigte seinen Wohnort in einem Risikogebiet, ist er wie ein Reiserückkehrer zu behandeln.

3. Kontaktfälle

Beschäftigte, die unspezifische Allgemeinsymptome oder Atemwegsprobleme jeglicher Schwere zeigen und in den letzten vierzehn Tage vor Erkrankungsbeginn Kontakt zu einem bestätigten an COVID-19 Erkrankten hatten, sind als dienst- bzw. arbeitsunfähig zu behandeln und dürfen deshalb auch nicht zum Dienst erscheinen, bis das Vorliegen einer Corona-Virus-Infektion abgeklärt ist. Diese Beschäftigten sind verpflichtet, sich umgehend telefonisch an ihren Hausarzt oder den ärztlichen Bereitschaftsdienst (Tel. 116 117) und an das Gesundheitsamt zu wenden.

Hatte ein Beschäftigter wissentlich Kontakt zu einem bestätigten an COVID-19 Erkrankten, hat aber selbst (noch) keine Krankheitssymptome, ist umgehend das Gesundheitsamt zu kontaktieren.

Wird ein Test vorgenommen, ist der Beschäftigte während des Zeitraums bis zum Vorliegen der Ergebnisse als dienst- bzw. arbeitsunfähig anzusehen.

Erfolgt kein Test, ist der Beschäftigte dienst- bzw. arbeitsfähig. Anordnungen/Empfehlungen des Gesundheitsamtes sind umzusetzen. Sofern das Gesundheitsamt Tele- oder Heimarbeit empfiehlt, sind diese Maßnahmen – soweit möglich – zu gewähren. Sofern Telearbeit- oder Heimarbeit nicht möglich ist, bleibt der/die Beschäftigte weiterhin zur Dienstleistung an der Dienststelle verpflichtet.

Hatte der Beschäftigte Kontakt zu einem „bloßen“ Verdachtsfall, also zu einer Person, bei der es (noch) keine Bestätigung einer Infektion gibt, und ist der Beschäftigte symptomfrei, ist der Beschäftigte dienst- bzw. arbeitsfähig. Das gilt erst recht für sämtliche weiteren Kontakt-Kontakt-Fälle.

4. Beschäftigte in Quarantäne in Deutschland

Werden Beschäftigte durch Anordnung des Gesundheitsamtes im Inland gemäß § 30 IfSG unter Quarantäne gestellt und können deshalb nicht zum Dienst / zur Arbeit erscheinen, ist wie folgt zu verfahren:

Beamte müssen primär Tele- oder Heimarbeit wahrnehmen (sofern sie dienst- bzw. arbeitsfähig sind), eine Freistellung vom Dienst nach § 10 Abs. 1 Satz 2 UrlMV (unter Fortzahlung der Bezüge) ist nur zu gewähren, wenn keine Tele- bzw. Heimarbeitsmöglichkeit zur Verfügung besteht.

Das Gleiche gilt für Arbeitnehmer.

5. Beschäftigte in Quarantäne außerhalb Deutschlands

Beamte, die sich im Ausland aufhalten, aber aufgrund sicherheitsbehördlicher Anordnungen im Sinne von Quarantänemaßnahmen nicht mehr nach Deutschland zurückkehren können, werden nach § 10 Abs. 1 Satz 2 UrlMV vom Dienst freigestellt unter vollständigem Verzicht auf die Einarbeitung der versäumten Arbeitszeit.

Das Gleiche gilt für Arbeitnehmer.

Sind Beschäftigte im Urlaub von Quarantäne-Maßnahmen betroffen, wird der Urlaub ab diesem Zeitpunkt abgebrochen und durch eine Freistellung vom Dienst „ersetzt“.

6. Unmöglichkeit der Rückreise

Beamte, die sich im Ausland aufhalten, aber aufgrund sicherheitsbehördlicher Anordnungen keine Möglichkeit zur Heimreise haben, werden nach § 10 Abs. 1 Satz 2 UrlMV vom Dienst freigestellt unter vollständigem Verzicht auf die Einarbeitung der versäumten Arbeitszeit.

Das Gleiche gilt für Arbeitnehmer.

7. Privater Aufenthalt im Ausland / in Risikogebieten

Erweiterung der Regelung für die Geltung der EQV
--

Private Reisen ins Ausland / in Risikogebiete können zwar dienstrechtlich nicht untersagt werden, weil sie das außerdienstliche Verhalten des Beamten betreffen und dieses nur einheitlich wie bei Nicht-Beamten durch das Infektionsschutzgesetz bzgl. der Risikogebiete erfasst werden kann. Auch entsprechende Urlaubsanträge (sofern das Reiseziel überhaupt bekannt ist) dürfen nicht abgelehnt werden.

Im eigenen Interesse ist es jedoch für keinen Beschäftigten des Freistaats Bayern sinnvoll, in ein Risikogebiet / ins Ausland zu reisen. Reisen sollten nach Möglichkeit storniert werden, wenn keine Stornierungskosten anfallen. Wird eine Reise in ein Risikogebiet erst zu einem Zeitpunkt gebucht und unternommen, in dem die Einstufung als Risikogebiet bereits bekannt ist, ist das bei einem Beschäftigten des Freistaats Bayern als unverantwortliches Handeln anzusehen. Freistellungen vom Dienst bei Quarantänemaßnahmen im Ausland oder Rückreiseschwierigkeiten werden dann nicht mehr gewährt. Das gilt entsprechend während der Geltungsdauer der EQV.

8. Beschäftigte als Eltern

Die Regelungen unter lit. b) sind zeitlich nicht befristet. Sie gelten, solange der Schulbetrieb insgesamt oder für komplette Jahrgangsstufen ausgesetzt ist.

Beschäftigte in Bereichen kritischer Infrastruktur müssen die Notbetreuungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen, wenn bei ihnen überhaupt keine Möglichkeit zur Tele-/Wohnraumarbeit besteht.

a) Rechtslage bei Schließung von einzelnen Klassen / einzelnen Betreuungseinrichtungen

Beschäftigte (= Beamte und Tarifbeschäftigte) werden nach § 10 Abs. 1 Satz 2 UrlMV bis zu zehn Arbeitstage vom Dienst freigestellt unter vollständigem Verzicht auf die Einarbeitung der versäumten Arbeitszeit, wenn ansonsten eine Betreuung nicht sichergestellt werden kann. Soweit neben der Kinderbetreuung Tele- oder Heimarbeit möglich ist, ist diese wahrzunehmen.

Die Freistellung wird grundsätzlich im Umfang von bis zu 10 Tagen gewährt. Muss ein Beschäftigter mehrere Kinder betreuen, die nicht gleichzeitig von der Schließung der Einrichtung betroffen sind, kann auch für diese Kinder eine zusätzliche Freistellung von bis zu 10 Tagen gewährt werden. Entsprechend gilt das für mehrere zeitlich wiederholte Schulschließungen.

Wenn ein erkranktes Kind länger als 10 Tage zu Hause betreut werden muss/soll, kann neben der Freistellungsmöglichkeit nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 d, bb, ggf. i.V.m. Abs. 3 UrlMV im Umfang von maximal 10 Tagen keine weitere Freistellung gewährt werden.

b) aktuelle Rechtslage wegen des generellen Schließens von Betreuungseinrichtungen

Telearbeit und subsidiär Freistellung vom Dienst (unter Fortzahlung der Bezüge) für Eltern werden für die Gesamtdauer der Schließung der Schulen (also nicht während der Schulferien) und sonstigen Betreuungseinrichtungen gewährt, sofern ein geordneter Dienstbetrieb die Tele- oder Heimarbeit bzw. die Freistellung zulässt und die Tele- oder Heimarbeit bzw. die Freistellung wegen der Betreuung der Kinder notwendig ist.

Die zeitliche Beschränkung der Freistellung bis zum Beginn der Schulferien gilt nur für Schulen, nicht aber für die sonstigen institutionalisierten Kinderbetreuungseinrichtungen (Kinderkrippe, Kindergarten, Hort, Tagesheim), weil diese keine allgemeinen Schulferien haben. Deshalb bezieht sich der Klammervermerk bewusst nur auf die Schulen.

Die Möglichkeit der Freistellung wegen einer Betreuung in einer sonstigen institutionalisierten Kinderbetreuungseinrichtung ist aber nicht gegeben, wenn es um Angebote zur Ferienbetreuung, z.B. über Sportvereine (Fußballcamps), Zirkusworkshops, kommunale Ferienprogramme, geht. Entscheidend ist, ob das Kind auf Dauer in der Einrichtung betreut wird (und nicht bloß während der Ferien).

Die Betreuungsnotwendigkeit muss konkret dargelegt und geprüft werden. Das gilt vor allem bei Kindern, die über 14 Jahre alt sind. Eine feste Altersgrenze gibt es aber nicht.

Im Unterschied zur Telearbeit kann eine Freistellung nur gewährt werden, wenn der Beschäftigte ansonsten trotz Ausschöpfung aller Möglichkeiten keine Betreuung sicherstellen kann. Nicht erforderlich ist aber, dass Personen über 60 Jahre um die Übernahme der Betreuung gebeten werden.

Neben der Gesundheit der Beschäftigten hat die Arbeitsfähigkeit der Behörden oberste Priorität. Möglich ist deshalb auch, die Freistellung nur stundenweise oder tageweise zu gewähren.

Den Beschäftigten ist es untersagt, Kinder an die Dienststelle mitzubringen, es erfolgt keine Kinderbetreuung an den Behörden. Nur in besonderen Ausnahmefällen, wenn andernfalls der Dienstbetrieb nicht mehr sichergestellt werden kann, dürfen Kinder vereinzelt und vorübergehend mitgebracht werden.

Reisen mit Kindern in Risikogebiete sind zwar prinzipiell möglich, aber derzeit praktisch nicht mehr nachvollziehbar. Im eigenen Interesse ist es für keinen Beschäftigten des Freistaats Bayern sinnvoll, in ein Risikogebiet zu reisen. Das gilt erst recht, wenn es um die eigenen Kinder geht. Reisen sollten nach Möglichkeit storniert werden, wenn keine Stornierungskosten anfallen. Wird eine Reise in ein Risikogebiet mit dem Kind erst zu einem Zeitpunkt gebucht und unternommen, in dem die Einstufung als Risikogebiet bereits bekannt ist, ist das bei einem Beschäftigten des Freistaats Bayern als unverantwortliches Handeln anzusehen. Dienstbefreiungen werden in solchen Fällen nicht gewährt, weil das als rechtsmissbräuchliches Verhalten anzusehen ist.

9. Pflegebedürftige Angehörige

Tele- oder Heimarbeit und subsidiär Freistellung vom Dienst (unter Fortzahlung der Bezüge) werden auch gewährt, wenn dies zur Betreuung eines pflegebedürftigen Angehörigen zwingend notwendig ist und die Betreuung nicht anderweitig möglich ist. Die Betreuungsnotwendigkeit muss konkret dargelegt und geprüft werden. Das gilt vor allem, wenn die Angehörigen nicht zu Hause gepflegt werden.

10. Beschäftigte mit erhöhtem Gesundheitsrisiko

Für Beschäftigte, für die eine Ansteckung mit dem Corona-Virus ein erhöhtes Gesundheitsrisiko darstellt (z.B. Leukämie, Diabetes, Lungenerkrankungen), sind aus Fürsorgegründen in Rücksprache mit dem behandelnden Arzt die erforderlichen Maßnahmen abzustimmen (z.B. kein Publikumsverkehr, kein Servicezentrum, Telearbeit etc.). Wenn die vom Arzt für notwendig erachteten Maßnahmen nicht umgesetzt werden können, muss der Arzt entscheiden, ob der Beschäftigte noch dienst- bzw. arbeitsfähig ist. Eine Freistellung vom Dienst kommt nicht in Betracht.

Für Angehörige von diesen Personen gelten keine besonderen Regelungen (sofern es sich nicht um pflegebedürftige Angehörige handelt).

11. Schutz von schwangeren und stillenden Beschäftigten

Hinsichtlich des Schutzes von schwangeren und stillenden Beschäftigten wird auf das Informationsblatt des StMAS zum Mutterschutz hingewiesen, das auf den Internetseiten des StMAS abrufbar ist.

12. Dauernde Dienstunfähigkeit und Zwangspensionierungsverfahren

Bei dauernder Dienstunfähigkeit ist nach Art. 65, 66 BayBG ein Ruhestandsversetzungsverfahren zu betreiben. Art. 65 Abs. 3 Satz 1 BayBG verlangt bei der Erklärung durch den unmittelbaren Dienstvorgesetzten eine amtsärztliche Untersuchung, die aktuell nicht oder nur eingeschränkt zu bekommen ist. Die für die Versetzung in den Ruhestand entscheidende Behörde ist jedoch nach Art. 65 Abs. 3 Satz 2 nicht an diese Erklärung gebunden; sie kann auch andere Beweise erheben. Insbesondere kann sie nach Art. 65 Abs. 2 Satz 1 eine ärztliche (also keine amtsärztliche) Untersuchung veranlassen und darauf die Ruhestandsversetzung stützen. Das Gleiche gilt für das Zwangspensionierungsverfahren, sodass eine *amtsärztliche* Untersuchung entbehrlich ist, wenn die Entscheidung unmittelbar durch die für die Ruhestandsversetzung zuständige Behörde erfolgt.

13. Begrenzte Dienstfähigkeit

Bei der Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit ist eine ärztliche Untersuchung ausreichend, soweit es um die Frage geht, ob der Beamte vollständig dienstunfähig ist oder er „gerade noch“ die Schwelle der begrenzten Dienstfähigkeit überwindet. Eine amtsärztliche Untersuchung ist nur erforderlich, wenn es unstrittig ist, dass der Beamte keinesfalls vollständig dienstunfähig ist, und es hingegen gerade fraglich ist, ob der Beamte vollständig dienstfähig ist oder er evtl. „am Beginn“ einer begrenzten Dienstfähigkeit steht. Die Verfahren zur begrenzten Dienstfähigkeit können deshalb in der Regel auch mit ärztlichen Untersuchungen durchgeführt werden.

14. Atteste für Krankheit / kranke Kinder

Ein generelles Absehen von einer Pflicht zur Vorlage eines Attestes ist nicht möglich. Sofern die Beibringung eines Attestes nicht möglich ist (weil ein Praxisbesuch nicht möglich ist und auch durch ein Telefonat kein Attest zu bekommen ist), ist eine diesbezügliche dienstliche Erklärung des/der Beschäftigten ausreichend. Der/Die Beschäftigte ist jedoch verpflichtet, sich um die Nachreichung eines entsprechenden Attestes zu bemühen.

15. Zeitkorridor bei gleitender und fester Arbeitszeit

Bei gleitender Arbeitszeit kann durch eine Verlängerung der Rahmenzeit der für die Dienstleistung zur Verfügung stehende Zeitkorridor verlängert und damit eine Entzerrung der Präsenzzeiten erreicht werden. Für die Verlängerung der Rahmenzeit über 14 Stunden hinaus sind grundsätzlich die obersten Dienstbehörden zuständig (§ 7 Abs. 4 BayAzV).

Aber auch bei fester Arbeitszeit sind diesbezügliche Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden. Nach § 8 Abs. 1 Satz 2 BayAzV legt der Dienststellenleiter die tägliche Arbeitszeit unter Berücksichtigung der dienstlichen und örtlichen Verhältnisse fest. Zu den dienstlichen Verhältnissen im Sinne dieser Vorschrift rechnet auch das Bemühen, aus Fürsorgegründen für die Beschäftigten Arbeitszeitregelungen zu schaffen, die auf eine Reduzierung des Corona-Infektionsrisikos abzielen. Die dem Dienststellenleiter obliegende Festlegung der täglichen Arbeitszeit schließt nicht nur den Umfang der täglichen Arbeitszeit, sondern auch deren Beginn und Ende ein. Es ist rechtlich zulässig, wenn bei einer Dienststelle wegen der Corona-Krise verschiedene Arbeitszeiten festgelegt werden, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen.

16. Urlaub

Die Ausgangsbeschränkungen in Bayern sind kein ausreichender Grund, um einen genehmigten Urlaub auf Wunsch des Beschäftigten zurückzunehmen. Entscheidend ist vielmehr, ob die Dienstleistung des Beschäftigten aus

dienstlichen Gründen benötigt wird. Dann kann der Urlaub widerrufen werden.

Eine Verlängerung der Einbringungsfrist nach § 7 Abs. 1 Satz 2 UrlMV kann ebenfalls nur im konkreten Einzelfall erfolgen, wenn der Beschäftigte seinen Urlaub aus dienstlichen Gründen nicht rechtzeitig einbringen konnte.

17. Generelle Telearbeit

Telearbeit sollte den Beschäftigten auf ihren Wunsch hin generell ermöglicht werden, sofern die technischen Möglichkeiten bestehen und ein geordneter Dienstbetrieb das zulässt („freiwillige Telearbeit“).

18. Priorisierung Telearbeit

Da die Kapazitäten unvermeidlich beschränkt sind, muss gegebenenfalls die Vergabe der die Telearbeit ermöglichenden Geräte priorisiert werden.

Dazu ist folgende Priorisierung vorzunehmen:

- (1) Beschäftigte, die für den Dienstbetrieb unabdingbare Funktionen innehaben,
- (2) Risikogebietsrückkehrer, Beschäftigte in Quarantäne, Eltern (mit Kinderbetreuungspflichten),
- (3) alle anderen Beschäftigten.

Die Priorisierung erfolgt durch die Behördenleitung.

19. Beamtenrechtliche Ernennungen

a) Urkundenaushändigung und Vereidigung

Sofern eine persönliche Aushändigung der Ernennungsurkunde für die Ernennung in das Beamtenverhältnis oder für eine Beförderung in einigen Fällen nicht möglich sein sollte, kann die Aushändigung der Urkunde in solchen Fällen durch Zustellung mit Postzustellungsurkunde erfolgen.

Die Vereidigung kann auch erst mit Dienstantritt erfolgen.

b) Amtsärztliche Untersuchung

Geltung auch für Widerrufsbeamte und bei Nachuntersuchungen

Problematisch ist derzeit die Durchführung der amtsärztlichen Untersuchung vor Berufung in das Beamtenverhältnis. Sie ist derzeit nicht möglich. Die Einstellung in ein Widerrufs- oder Probebeamtenverhältnis erfolgt deshalb zunächst ohne amtsärztliche Untersuchung, sie ist jedoch unverzüglich nachzuholen. Ein negatives Ergebnis führt zur sofortigen Entlassung aus dem Widerrufs- oder Probebeamtenverhältnis. Hierauf ist der Betroffene vor der Ernennung schriftlich hinzuweisen.

Es empfiehlt sich folgender Text (für das Probebeamtenverhältnis, für das Widerrufsbeamtenverhältnis entsprechend anzupassen):

„Belehrung über die Folgen der aktuell unmöglichen amtsärztlichen Untersuchung

Voraussetzung für die Berufung in das Beamtenverhältnis ist unter anderem die gesundheitliche Eignung. Die Prüfung dieser Voraussetzung erfolgt durch amtsärztliche Untersuchung. Aufgrund der aktuellen Ausnahmesituation sind jedoch solche Untersuchungen derzeit nicht durchführbar. Andererseits können aus personalwirtschaftlichen Gründen die Ernennungen nicht aufgeschoben werden. Sie werden in das Beamtenverhältnis berufen, auch wenn die Frage der gesundheitlichen Eignung noch nicht geklärt werden konnte. Sie bestätigen zugleich, dass Sie keine gravierenden gesundheitlichen Probleme haben und sich gesund fühlen. Die amtsärztliche Untersuchung wird schnellstmöglich nachgeholt werden. Kann der Amtsarzt die gesundheitliche Eignung nicht feststellen, werden Sie wegen gesundheitlicher Nichteignung sofort aus dem Beamtenverhältnis auf Probe entlassen.“

Wenn der Bewerber mit diesem Vorgehen nicht einverstanden ist, kann er nicht ernannt werden. Dann kann „lediglich“ ein Arbeitsvertrag geschlossen werden.

Wenn bereits ein negatives amtsärztliches Attest vorliegt, kann ohnehin keine Einstellung erfolgen.

Hat der Amtsarzt eine Nachuntersuchung empfohlen, ist die Nachuntersuchung nachzuholen. Der Text zur Belehrung ist entsprechend anzupassen.

Eine Entlassung erfolgt nur dann nicht, wenn auch nach der bisherigen Verwaltungspraxis die Ausbildung zu Ende geführt werden durfte.

Eine Verbeamtung auf Lebenszeit kann ohne Feststellung der gesundheitlichen Eignung nicht vorgenommen werden.

20. Zwei-Team-Lösungen

An verschiedenen Dienststellen wird ein Modell praktiziert, dass die Beschäftigten einer Arbeitseinheit in zwei Teams aufgeteilt werden und nur jeweils ein Team an der Dienststelle vor Ort ist (anders als bei Schichtlösungen, in denen die Arbeit an der Dienststelle zeitlich gestaffelt ist), sofern es sich um kritische Infrastruktur handelt. Die Beschäftigten des anderen Teams arbeiten dann von zu Hause aus in Tele- bzw. Wohnraumarbeit. Ist der Arbeitsplatz aus tatsächlichen oder technischen Gründen nicht für Tele- bzw. Wohnraumarbeit geeignet, kann gleichwohl keine Freistellung vom Dienst erfolgen. Der Beschäftigte muss sich vielmehr während der üblichen Bürozeiten dienstbereit halten und jederzeit in der Lage sein, die Arbeit aufzunehmen. Dafür wird unverändert das Gehalt bzw. die Besoldung weitergewährt. Dies gilt auch für die Fälle, in denen Tele- bzw. Wohnraumarbeit nur teilweise möglich ist.

<p>Soweit jedoch während der Präsenzzeiten im Büro Überstunden oder Mehrarbeitsstunden angefallen sind, müssen diese mit den Zeiten der Dienstbereitschaft ausgeglichen werden (sodass während dieser „Ausgleichs-Zeiten“ auch keine Dienstbereitschaft mehr bestehen muss).</p>
--

21. Heranziehung von Beschäftigten zu Tätigkeiten in Hilfsorganisationen oder medizinischen Betreuungseinrichtungen

Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes werden unter Umständen zu Tätigkeiten in Hilfsorganisationen oder medizinischen Einrichtungen herangezogen. Rechtsgrundlage dafür ist entweder Art. 6 Abs. 1 Satz 2 BayInfSchG oder Art. 17 BayKSG.

Gem. Art. 6 Abs. 2 BayInfSchG bzw. Art. 17 Abs. 1 BayKSG i.V.m. Art. 33a Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 BayRDG sind Beschäftigte während der Teilnahme am Einsatz und für einen angemessenen Zeitraum danach zur Arbeitsleistung nicht verpflichtet (Regelung zur Freistellung).

Voraussetzung dafür ist, dass die zuständige Behörde (LRA, kreisfreie Stadt) bzw. die Integrierte Leitstelle die Hilfsorganisation um eine bestimmte Aufgabenerfüllung ersucht und deshalb die Hilfsorganisation einen Beschäftigten entsprechend zur Dienstleistung heranzieht. Ist der Beschäftigte nach sorgfältiger Abwägung zwischen dem dringenden Personalbedarf der medizinischen Einrichtung bzw. der Hilfsorganisation einerseits und der Funktionsfähigkeit der Behörde andererseits nicht verzichtbar, muss Kontakt mit der ersuchenden Stelle aufgenommen werden.

Die Freistellung erfolgt unter vollständiger Lohnfortzahlung.

Ansprüche des Freistaats auf Regress bestehen nicht, weil nach Art. 10 Satz 1 BayFWG nur private Arbeitgeber Erstattungsansprüche hinsichtlich des Arbeitsentgelts geltend machen können.

22. Fortbildungen / Behördliches Gesundheitsmanagement

Es wird empfohlen, sämtliche Fortbildungen und Maßnahmen des Behördlichen Gesundheitsmanagements (Präsenzkurse) auszusetzen.

23. Dienstreisen

Dienstreisen dürfen nur genehmigt werden, wenn sie zwingend notwendig sind. Nach Möglichkeit sind Video- und Telefonkonferenzen durchzuführen.

24. Reisekostenrechtliche Entschädigung

Triftige Gründe für die Kfz-Nutzung gem. Art. 6 Abs. 1 BayRKG können allgemein in den in Nr. 6.1 Satz 2 VV-BayRKG genannten Fällen anerkannt werden (u.a. keine Erreichbarkeit des Geschäftsorts mit öffentlichen Verkehrsmitteln, wesentliche Zeitersparnis durch Kfz-Nutzung, Gehbehinderung). Darüber hinaus können vom Dienstvorgesetzten auch in anderen Fällen aus dienstlichen oder schwerwiegenden persönlichen Gründen triftige Gründe für die Kfz-Nutzung anerkannt werden (Nr. 6.1 Satz 1 VV-BayRKG).

Bei Einhaltung der üblichen Hygieneempfehlungen ist die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel insbesondere außerhalb der Stoßzeiten nach derzeitigem Sach- und Kenntnisstand auch unter Infektionsschutzgesichtspunkten möglich. Eine allgemeine Anerkennung von triftigen Gründen allein im Hinblick auf das Infektionsrisiko mit Covid-19 ist daher nicht vorgesehen. Unter Anlegung des üblichen Maßstabes kann im Einzelfall (u.a. bei immungeschwächten Beschäftigten, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu Stoßzeiten) aber eine Anerkennung von triftigen Gründen erfolgen. In allen anderen Fällen ist die Nutzung privater Kraftfahrzeuge auch ohne triftige Gründe zulässig, eine Verpflichtung zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel besteht nicht.

25. Stellenzulagen nach Art. 51 BayBesG

Stellenzulagen (z.B. Lehrzulage, Lehrerfunktionszulage, Steuerprüferzulage) werden grundsätzlich nur für die Dauer der tatsächlichen Wahrnehmung der herausgehobenen Funktionen gewährt und sind widerruflich. Ausnahmen vom Erfordernis der tatsächlichen Wahrnehmung sind beispielhaft („insbesondere“) in Art. 51 Abs. 3 Satz 2 BayBesG aufgeführt (z. B. bei Erholungsurlaub oder Krankheit). Nachdem die Aufzählung nicht abschließend ist, kann die Corona bedingte Nichtwahrnehmung der herausgehobenen Funktionen darunter subsumiert werden, so dass die Stellenzulagen weitergezahlt werden können.

Soweit Beamtinnen und Beamte vorübergehend eine andere Funktion wahrnehmen, (z. B. Lehrer mit Anspruch auf die Lehrerfunktionszulage werden

vorübergehend in der Gesundheitsverwaltung eingesetzt) ist die Weitergewährung der Stellenzulage nach Art. 51 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 BayBesG möglich (= Einsatz zur Herbeiführung eines im besonderen öffentlichen Interesses liegenden unaufschiebbaren und zeitgebundenen Ergebnisses). Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen hierfür vorliegen, trifft im staatlichen Bereich die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

26. Erschwerniszulagen nach Art. 55 BayBesG

Anspruch auf eine Erschwerniszulage besteht nur für tatsächlich geleistete Dienste und nur für die Dauer der bestehenden Erschwernis. Bezüglich der Fortzahlung bei Unterbrechungen ist zu unterscheiden zwischen Erschwerniszulagen, die in Monatsbeträgen gezahlt werden und Erschwerniszulagen, die nach Stunden oder Einsätzen abgerechnet werden.

- Erschwerniszulagen in Monatsbeträgen (z. B. Sondereinsatzzulage, Fliegererschwerniszulage): auch hier greift die Ausnahmeregelung des Art. 51 Abs. 3 Satz 2 BayBesG („insbesondere“). Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen hierfür vorliegen, trifft im staatlichen Bereich die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.
- Erschwerniszulagen nach Stunden oder Einsätzen (z.B. Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten): Die Fortzahlung ohne tatsächlich geleisteten Dienst ist nicht möglich.

27. Aufwandsentschädigungen

Aufwandsentschädigungen sind der Ausgleich für einen dienstlich veranlassten Mehraufwand zum Beispiel durch Verschmutzung oder Abnutzung von Kleidung, dessen Übernahme den Berechtigten nicht zugemutet werden kann.

Aufgrund der aktuellen Situation ist davon auszugehen, dass in einzelnen Bereichen der Staatsverwaltung Tätigkeiten, die die Zahlung einer Aufwandsentschädigung auslösen können, nicht durchgeführt werden können. Da damit den Berechtigten jedoch auch kein Aufwand entsteht, dessen

Übernahme nicht zugemutet werden kann, ist ein entsprechender Ausgleich auch nicht angezeigt.

Weiterhin gewährt werden aber Aufwandsentschädigungen in Form von Dienstkleidungszuschüssen an Beschäftigte, die Kernaufgaben der staatlichen Verwaltung beispielsweise bei Polizei und Justiz wahrnehmen, und die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind. Der diesem Personenkreis zustehende Dienstkleidungszuschuss (auch in Form der „virtuellen“ Zahlung an das Logistikzentrum Niedersachsen) steht weiterhin zu.

28. Dienstunfallschutz

Die Ansteckung mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 kann die Coronavirus-Erkrankung COVID-19 auslösen. Eine Anerkennung der Erkrankung infolge der Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 als Dienstunfall ist nach Maßgabe der gesetzlichen Voraussetzungen des Art. 46 Abs. 1 Satz 1 Bay-BeamtVG grundsätzlich möglich, wird aber nur in Ausnahmefällen in Betracht kommen.

Zu beachten ist insbesondere, dass die bloße Infektion oder der labormedizinische Nachweis einer Infektion („Positivtest“) ohne weitere krankheitsspezifische Symptome (sog. stumme Infektion) keinen Körperschaden im Rechtssinne und deshalb auch keinen Dienstunfall darstellt.

Im Fall einer medizinisch nachgewiesenen Erkrankung an COVID-19 muss im Rahmen des dienstunfallrechtlichen Anerkennungsverfahrens der jeweilige Infektionszeitpunkt bestimmbar sein und die Ursachenzusammenhänge zwischen Infektionsereignis, dienstlicher Tätigkeit sowie der Erkrankung nachgewiesen werden. Für eine Anerkennung als Dienstunfall muss neben den weiteren Anspruchsvoraussetzungen eindeutig feststehen, wann und wo die für die Erkrankung ursächliche Ansteckung erfolgte. Ferner muss aufgrund der Dienstausübung eine besondere, über die Allgemeingefahr einer Ansteckung hinausgehende Infektionsgefahr bestanden haben, und die Erkrankung nicht nur bei Gelegenheit des Dienstes eingetreten sein. Eine

Erkrankung muss außerdem wesentlich durch die Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und nicht durch etwaige Vorerkrankungen verursacht sein.

Unabhängig von einer Anerkennung als Dienstunfall besteht für verbeamtetes medizinisches Personal grundsätzlich die Möglichkeit einer Anerkennung der Infektionserkrankung als Berufskrankheit gem. Art. 46 Abs. 3 Bay-BeamtenVG in Verbindung mit der Berufskrankheitenverordnung (BKV). Bei medizinisch tätigem Personal ist der Kontakt mit Coronavirus-Trägern nicht nur potentielle Begleiterscheinung, sondern maßgebliches Tätigkeitskriterium. Die dienstliche Tätigkeit anderer Beamtengruppen ist jedoch nicht typischerweise mit der für die Anerkennung einer Berufserkrankung erforderlichen, im Vergleich zur Allgemeinheit erheblich erhöhten Gefahr der Erkrankung an COVID-19 verbunden.

Sollte die Erkrankung dienstunfallrechtlich nicht berücksichtigungsfähig sein, können etwaige Heilbehandlungskosten selbstverständlich bei der Beihilfestelle und der privaten Krankenversicherung geltend gemacht werden.

Die Anerkennung eines Arbeitsunfalls von staatlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern richtet sich nach den Vorschriften des SGB VII und erfolgt durch die Bayerische Landesunfallkasse. Dabei gelten jedoch grundsätzlich vergleichbare Maßstäbe.

29. Beschlussfassung der Personalvertretungen

Um eine schnelle Handlungsfähigkeit und Beschlussfassung der Personalvertretungen zu gewährleisten und gleichzeitig die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen sowie die Gesundheit der Personalratsmitglieder zu schützen, wird zu Art. 37 Abs. 3 Bayerisches Personalvertretungsgesetz (BayPVG), der die Möglichkeit der Beschlussfassung im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren vorsieht, auf Folgendes hingewiesen:

Bei der Entscheidungsfindung darüber, ob es sich um einfache Angelegenheiten handelt und damit eine Beschlussfassung im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren erfolgen kann, soll der Vorsitzende aufgrund der aktuellen Gegebenheiten den Gesundheitsschutz der Personalratsmitglieder, den Umstand einer möglichen Vermeidung von Dienstreisen sowie sonstige Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus im Rahmen seiner Abwägung gewichten und miteinbeziehen.

Seitens des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat wird davon ausgegangen, dass während der Coronavirus-Pandemie und des verhängten Katastrophenfalls vor diesem Hintergrund die überwiegende Anzahl der Angelegenheiten der Personalvertretungen als einfache Angelegenheiten durch den Vorsitzenden eingestuft werden können. Nur in den Fällen, in denen ein Mitglied des Personalrats dem Umlaufverfahren widerspricht (Art. 37 Abs. 3 BayPVG), oder der Vorsitzende für eine Beschlussfassung eine vorherige Beratung und Meinungsbildung unter Anwesenheit der Personalratsmitglieder auch nach sorgfältiger Abwägung für zwingend erforderlich hält, ist über Angelegenheiten in Sitzungen zu beschließen. Die Beschlussfassung in Sitzungen sollte auf das Nötigste beschränkt werden.

Durch die Anwendung der Abstimmungsmöglichkeit im Umlaufverfahren wird den sich in Quarantäne oder Telearbeit befindlichen Mitgliedern der Personalvertretung eine Wahrnehmung ihres Mandats gewährleistet. Zudem können dadurch auch teils weite Reisen der Mitglieder der Stufenvertretungen sowie der Gesamtpersonalräte zur Teilnahme an Sitzungen vermieden und auf das Nötigste beschränkt werden.

Außerdem wird auf Art. 32 Abs. 4 BayPVG hingewiesen, der ebenfalls eine schnelle Handlungsfähigkeit der Personalvertretungen ermöglicht. Nach dieser Norm kann in Angelegenheiten, in denen der Personalrat zu beteiligen ist, durch einstimmigen Beschluss aller Personalratsmitglieder dem Vorsitzenden die Entscheidung im Einvernehmen mit den übrigen Vorstandsmitgliedern übertragen werden. Im Delegationsbeschluss sind die Angelegenheiten zu bestimmen.

Vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie wird seitens des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat davon ausgegangen, dass auch dieser Delegationsbeschluss derzeit grundsätzlich als einfache Angelegenheit i.S.d. Art. 37 Abs. 3 BayPVG eingestuft werden kann und somit die einstimmige Beschlussfassung des Personalrats darüber im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren erfolgen kann.

Sofern für die Beschlussfassung im Einzelfall gleichwohl eine Sitzung mit vorheriger Beratung für notwendig erachtet werden sollte, wird zu Art. 37 Abs. 1 Satz 1 BayPVG auf Folgendes hingewiesen:

Seitens des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat wird davon ausgegangen, dass vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie die für eine Sitzung nötige Voraussetzung der persönlichen Anwesenheit der Personalratsmitglieder auch dann erfüllt ist, wenn einzelne Mitglieder mittels Videokonferenz zugeschaltet werden oder die Sitzung insgesamt mittels Videokonferenz abgehalten wird.

Sofern aufgrund fehlender technischer Ausstattung keine Sitzung mittels Videokonferenz möglich ist, und die Angelegenheit trotz großzügiger Auslegung des Art. 37 Abs. 3 BayPVG auch nicht im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren beschlossen werden kann, kann die Voraussetzung der persönlichen Anwesenheit auch ausnahmsweise dann erfüllt sein, wenn einzelne Mitglieder mittels Telefonkonferenz zugeschaltet werden oder die Sitzung insgesamt mittels Telefonkonferenz abgehalten wird.

Dabei wird davon ausgegangen, dass die Durchführung der entsprechenden Video- oder Telefonkonferenz mittels online gestützter Anwendungen wie Skype grundsätzlich zulässig ist.

Für das Abhalten einer Sitzung mittels Videokonferenz oder notfalls Telefonkonferenz ist jedoch erforderlich, dass kein Mitglied diesem Verfahren wider-

spricht (entsprechend zur Anwendung der Möglichkeit der Beschlussfassung im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren, Art. 37 Abs. 3 BayPVG a.E.).

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass bei allen Sitzungen des Personalrats, auch wenn sie mittels Video- oder ausnahmsweise Telefonkonferenz abgehalten werden, zwingend das Gebot der Nichtöffentlichkeit der Sitzungen gem. Art. 35 Satz 1 Halbsatz 1 BayPVG zu wahren ist.

Bei Sitzungen mittels Video oder Telefonkonferenz kann nach Einschätzung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat dem Gebot der Nichtöffentlichkeit dadurch Rechnung getragen werden, dass alle an der Sitzung mittels Video- oder Telefonkonferenz teilnehmenden Personalratsmitglieder zu Protokoll versichern, dass keine nicht teilnahmeberechtigten Personen „anwesend“ sind, und sie sich zugleich verpflichten, bei Betreten des Raums durch nicht teilnahmeberechtigte Personen unverzüglich die übrigen Personalratsmitglieder zu unterrichten.

Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass während der Coronavirus-Pandemie auch die Teilnahme- und Beteiligungsrechte der Schwerbehindertenvertretungen zu beachten sind.